

Christoph Spehr

Thesen und Material zur Auswertung der Bundestagswahl 2005

Die Bundestagswahl 2005 war in verschiedener Hinsicht eine bemerkenswerte Wahl, die sich von zurückliegenden Wahlen unterschied. Ebenso hat sie eine für die Bundesrepublik neue politische Situation geschaffen. Die folgenden thesenartigen Überlegungen zur Auswertung konzentrieren sich auf fünf herausragende Aspekte dieser Wahl:

1. Die Dynamik des Wahlkampfes
2. Das Wahlverhalten als Versuch, den Einfluss der Stimmabgabe auf die reale Politik zu steigern
3. Das Verhältnis von Parteiprogrammatik und Verantwortung gegenüber der Gesamtsituation
4. Die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen und Politikstilen
5. Der gemeinsame Wahlkampf von WASG und Linkspartei.PDS als Ausgangsbedingung für die Herausbildung einer gemeinsamen Linkspartei

Im Anschluss erfolgen noch einige Überlegungen zu politischen Großtrends auf der Länderebene.

1. Die Dynamik des Wahlkampfes

Die Wahl 2005 hatte tatsächlich in erheblichem Maße Züge einer Volksabstimmung, allerdings anders, als Schröder dies nach der Landtagswahl in NRW angekündigt hatte. Sie entwickelte sich zu einer **Abwehrschlacht** gegen eine schwarz-gelbe Regierungsübernahme und einen Politikwechsel hin zu einem verschärft wirtschaftsliberalen Kurs.

Dies war relativ unerwartet. Vor der LTW in NRW sprach viel dafür, dass sich CDU/CSU und SPD in einem Wahlkampf 2006 gegenseitig darin überbieten würden, wer das Land zügiger, zuverlässiger und härter „reformieren“ kann. Die programmatischen Differenzen zwischen Union und SPD erschienen eher gering, die grundsätzliche Übereinstimmung bei einer Politik des Sozialabbaus, der Flexibilisierung, Entgarantierung und des Abbaus kollektiver Rechte war relativ groß. Beide Seiten entschieden sich jedoch für den vorgezogenen Wahlkampf 2005 für eine dezidierte Polarisierung. SPD und Grüne legten sich auf eine Reihe von Aussagen fest, die einer weiteren Verschärfung der unsozialen „Reformpolitik“ eine Absage erteilten. Union und FDP entschieden sich dagegen, sich lediglich als die handwerklich besseren „Reformer“ darzustellen, und legten sich auf das Ziel eines dezidierten Kurswechsels und einer erheblichen Verschärfung und Beschleunigung von Deregulierung und Umverteilung nach oben fest. Beide Entscheidungen wurden nicht willkürlich getroffen, sondern trugen den (aktuellen) Erwartungshaltungen der jeweiligen Interessengruppen, Klientel und Basis Rechnung.

Die Abwehr dessen, was sich als unerwartet kompromisslos rechts ausgelegter Übernahmeanspruch von Union/FDP herausstellte - jedenfalls die Abwehr einer „eigenen Mehrheit“ von Schwarz-Gelb - wurde durch unterschiedliche Beiträge von SPD, Linkspartei und Grünen ermöglicht. Die **SPD** erwies sich als außerordentlich wahlkampfstark. Sie führte nicht nur einen druckvollen und motivierten, sondern bemerkenswert **populär-argumentativen Wahlkampf**, in dem insbesondere die Kirchhof-Offensive der Union vollständig niedergeschlagen wurde. Prägend für den Wahlkampf der SPD waren die zugespitzten Textbotschaften (mit Textplakaten, Internetwerbung und guter medialer

Inszenierung); auch war wieder einmal keine andere Partei in der Lage, derart flexibel im Wahlkampf auf veränderte Stimmung und die Bewegungen der Gegenseite zu antworten. Die Inszenierung des Wahlkampfes als Abwehrschlacht gegen die rechte Begehrlichkeit des „Durchziehens“ und „Durchregierens“ und gegen die anvisierte Politik der „sozialen Kälte“ ging ganz überwiegend auf das Konto der SPD.

Dies wurde allerdings überhaupt nur möglich durch die Kandidatur der **Linkspartei**. Die WählerInnenschaft hat die Linkspartei aufgegriffen als ein Instrument, um aus dem Gefängnis auszubrechen, dass die CDU entweder selbst regiert oder SPD/Grüne nach rechts vor sich hertreibt. **Die Linkspartei wurde gefordert, begrüßt und gewählt, um sowohl Schwarz-Gelb zu verhindern, als auch Rot-Grün in der bisherigen Form eine Grenze nach Rechts zu ziehen.** Dies hat bereits im Wahlkampf massiv gewirkt. Die WählerInnenschaft hat dabei in ihrer Wahrnehmung die Fusion von PDS und WASG bereits vollzogen und die Linkspartei als gemeinsame Formation aus den beiden gesehen und behandelt.

Die Abwehr einer schwarz-gelben Mehrheit wurde ferner ermöglicht durch die **Grünen**, die ihr Ergebnis von 2002 fast halten konnten und mit 8.1 % das drittbeste Ergebnis auf Bundesebene bisher erzielten. Die Grünen mobilisierten dabei WählerInnen aus Gruppen, die SPD und Linkspartei nur ungenügend mobilisieren konnten, insbesondere Jugendliche und Frauen zwischen 25 und 60.

Die **Union** wurde abgestraft, weil sie sich auf **einseitig marktliberales Programm** festlegte und im Wahlkampf keinerlei Signale in Richtung sozialpolitischer Ausgewogenheit aussandte. Das innere Beziehungsgefüge klassischer konservativer Politik („harte“ Wirtschaftspolitik plus „nachsorgende“ Sozialpolitik, Abbau von Arbeitnehmerrechten plus familiäre Werte) wurde aufgegeben. Der Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ fiel durch, da er in diesem Kontext als Weigerung verstanden wurde, soziale Missstände anders als durch Wirtschaftsförderung zu korrigieren. Hinzu kam die allgemeine Überzeugung, dass „sowieso keine Partei Arbeitsplätze schaffen kann“. Die Äußerung Schröders, die „Reformen“ begännen zu „greifen“, wurde deshalb allgemein nicht in dem Sinn interpretiert, jetzt nehme bald die Arbeitslosigkeit ab. Sie wurde verstanden als Ankündigung, dass es mit den „Reformen“ jetzt erst mal gut sei und keine weitere Welle von Sozialabbau, Entgarantierung und Abbau kollektiver Rechte erfolgen solle.

Insofern war die Kommunikation zwischen Parteien, insbesondere ihren SpitzenkandidatInnen, und der WählerInnenschaft von entscheidender Bedeutung in diesem Wahlkampf. Getreu der Erkenntnis „Papier ist geduldig“ interessierte sich die WählerInnenschaft (die offenbar in ausnehmend großer Zahl zu wechselnden Wahlveranstaltungen ging, um sich tatsächlich über ihre Wahlentscheidung klarer zu werden) weniger für die Wahlprogramme, als für die im Wahlkampf ausgesandten **Kernbotschaften**.

2. Wahlverhalten als Versuch gesteigerter Einflussnahme

Die BTW 2005 war eine ausgesprochen demokratische Wahl. Zum einen verstärkte sich die seit längerem beobachtbare Tendenz zur „taktischen“ Stimmabgabe, d.h. dem Bestreben, mit der Stimmabgabe weniger die prinzipielle Übereinstimmung mit einer Partei auszudrücken als vielmehr maximalen Einfluss auf die Politik zu nehmen, die hinterher real stattfindet.¹

Der Linkspartei kam hier zugute, dass diesmal (anders als bei der Wahl 2002) ein zentrales Anliegen vieler WählerInnen war, **die SPD nach links zu drücken bzw. an einem weiteren Ausscheren nach rechts zu hindern**. Die Optimierung der eigenen Stimmabgabe bezog diesmal ganz klar nicht nur die Idee ein „welche Koalition soll regieren“, sondern auch die Frage „welche Opposition soll es geben“ bzw. „wie kann die SPD, egal ob in der Regierung oder nicht, von links unter Druck gesetzt werden?“ Dieser Effekt schwächte sich gegen Ende des Wahlkampfes wieder ab, da viele - in realistischer Vorwegnahme des Ergebnisses und der Kanzlerfrage seither - der Frage Vorrang gaben, die SPD im direkten Vergleich zur CDU/CSU zu stärken und - ebenfalls taktisch - die „linke“ Positionierung Schröders im Wahlkampf zu „belohnen“.

Die Wahl war auch eine demokratische Mobilisierung gegen ein **Meinungskartell in Medien und privilegierter Öffentlichkeit**, das eine weitere Zerschlagung des Sozialstaats als beschlossene Sache und Naturnotwendigkeit ausgab und die eigene Wechselstimmung umstandslos mit der angeblichen Wechselstimmung in der Bevölkerung verwechselte. Dies ist nicht nur der Stärke von kapitalnahen (und -finanzierten) „opinion makers“ wie der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ geschuldet. Es zeigte sich auch, dass in den letzten Jahren eine gesellschaftliche Teilelite gewachsen ist, die in neuer und beängstigender Weise gewissen- und gedankenlos operiert und für die soziale Gruppen jenseits von sich selbst praktisch gar nicht vorhanden sind. Auch das Abschneiden der FDP und die „asoziale“ Positionierung der CDU im Wahlkampf sind Indizien dafür, dass die „soziale Kälte“ (oder besser „soziale Agnostik“) bereits eine reale Kraft ist.

Für diese polit-aggressive Kraft (die nicht einfach die Rechte ist, sondern ein politisch ehemals breites Spektrum aus sozialen und institutionellen Eliten assimiliert hat) sind Kompromiss und Verhandeln politische Kategorien, die ihren VertreterInnen nahezu physische Schmerzen verursachen. Hier entsteht eine **spürbare Distanz von Teilen der ehemaligen „Mitte“ zu Grundprinzipien der offenen Gesellschaft und der Demokratie**. Auch dagegen ist das Wahlergebnis zu begrüßen und allen Ansinnen auf Neuwahlen (wählen lassen bis es passt) entschieden entgegen zu treten.

3. Parteien und Gesamtverantwortung

Die Stärke Schröders im Wahlkampf war es, an diesem Meinungskartell vorbei zur WählerInnenschaft und der komplexen Massenstimmung „durchzuchanneln“ und den institutions- und öffentlichkeitsfernen Gruppen eine Stimme zu verleihen. Deswegen war (und ist) die Identifikation mit ihm in der breiten Bevölkerung so hoch. **Der Wähler und die Wählerin erwarten heute, dass im Wahlkampf in verständlicher Form mit ihnen**

¹ Auch vor diesem Hintergrund ist es höchst misslich, dass durch das Prinzip der nicht auszugleichenden Überhangmandate absurde Situationen wie jetzt in Dresden entstehen, wo man CDU wählen muss, um ihr ein Mandat zu nehmen. Es stünde der Linkspartei gut an, nach der Wahl sich für eine entsprechende Wahlrechtsreform auszusprechen.

besprochen wird, „was machen wir denn hinterher“. Während die medialen und wissenschaftlichen Eliten sich darüber aufregen, von Schröder „arrogant“ behandelt zu werden, haben viele WählerInnen positiv anerkannt, dass sie sich von Schröder weit weniger arrogant behandelt fühlten als von sämtlichen anderen Parteien. Diese haben hauptsächlich Wahrheiten doziert und eigene Kompetenz gefeiert und konnten weniger glaubhaft darstellen, dass ihr Handeln von einem Bewusstsein um die Gesamtheit der Gesellschaft geprägt ist.

Hier kommt ein **neuer Anspruch der WählerInnen zum Ausdruck, Politik habe sich gesamtverantwortlich zu zeigen:** für alle, nicht nur für ihre eigene Klientel; für die Bevölkerung in ihrer Breite, nicht nur für pressure groups und Eliten; für das Ganze und nicht nur für die eigene Programmatik. Vor allem auf diesem Feld hat die CDU-Spitze verloren. Gesamtverantwortlichkeit ist zu einer Kategorie geworden, die von hoher Bedeutung für die Wahlentscheidung ist (und die von den üblichen Umfragen zu Parteipräferenzen und Parteikompetenzen nicht abgefragt wird).

Das stellt insbesondere die **Linkspartei jetzt vor die schwierige, aber auch chancenreiche Aufgabe zu zeigen was es konkret heißt, „Druck von links zu machen.“** Sie muss zeigen, dass sie das Wahlergebnis und ihren eigenen Auftrag verstanden hat:

Das Ergebnis der Wahl ist, dass 1.) der verschärft wirtschaftsliberale Kurs von Schwarz-Gelb keine Mehrheit hat; 2.) Rot-Grün in der bisherigen Form auch keine Mehrheit hat; 3.) eine linke Mehrheit existiert, die jedoch kein gemeinsames Projekt verfolgt, sondern zwei teilweise gegensätzliche politische Projekte: das rot-grüne „Neoliberalismus mit Augenmaß“ und das dunkelrote „Wieder-Ermöglichen von aktiver Wirtschaftspolitik“.

Der Auftrag der Linkspartei ist es, 1.) Schwarz-Gelb zu verhindern, 2.) Rot-Grün und insbesondere der SPD eine Grenze nach rechts zu ziehen, 3.) der Opposition gegen die Politik des Neoliberalismus eine Stimme im Parlament zu verleihen und die gesellschaftliche Bewegung dagegen zu stärken. Für diese Ziele ist sie gewählt und unterstützt worden, wobei die Prioritäten individuell unterschiedlich waren. Für alle diese Ziele hat sie auch Wahlkampf gemacht: gegen Merkel und Kirchhof, für „eine starke Opposition im Parlament“, und dafür, „die SPD nach links vor sich herzutreiben“.

Wie soll sie diesen Auftrag umsetzen angesichts dieses Ergebnisses? Das Wichtigste ist, dass sie darüber **öffentlich spricht**. Ganz egal ob sie toleriert, koalitiert, fundamental opponiert oder individuell entscheidet: Schädlich wäre auf jeden Fall der Eindruck (oder gar die Tatsache), dass sich die Linkspartei hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt, nur ihre eigenen Interessen und/oder Programmatik im Auge hat, nicht in der Lage ist Vorschläge auch fürs Ganze zu machen, und ihre Entscheidung im stillen Kämmerchen fällt anstatt mit ihrem Umfeld und der Öffentlichkeit darüber offen zu diskutieren.²

Drei Tatsachen sind zu berücksichtigen. Erstens: das Wahlergebnis steht in keiner Weise dafür, dass es so etwas wie eine Linkswende gebe. Das Kräfteverhältnis zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün plus Linkspartei/PDS hat sich von 2002 auf 2005 praktisch nicht verändert (von 45.9 : 51.1 auf 45.0 zu 51.1.) Wenn man nicht nur die demokratischen Parteien einbezieht, sondern auch die extreme Rechte, hat sich das Kräfteverhältnis sogar minimal verschlechtert (um 0.3 %).³ Zweitens: die neoliberale Hegemonie zeigt erstmals Brüche. Neoliberalismus wird zunehmend als mindestens „unzureichend“ empfunden; deshalb haben sich SPD wie Grüne im Wahlkampf deutlich links von ihrer Regierungspolitik positioniert. Auch die Verschiebung im Parteienspektrum „von der Mitte nach außen“ deutet auf eine

² Das stellt auch die neuen Abgeordneten-Büros vor die Aufgabe, die politische Kommunikation mit dem Umfeld von Linkspartei.PDS und WASG zu befördern und vor Ort eine eigene Teilöffentlichkeit aufzubauen.

³ siehe Tabelle 6.

Situation hin, wo die Doktrinen des Neoliberalismus an Ausstrahlungskraft verloren haben. Drittens: Das Ergebnis ist keine explizite Abwahl von Rot-Grün. Rot-Grün ist nicht „abgewählt worden“ in dem Sinne, dass sich die Mehrheit einer Alternative dazu zugewandt hätte (wie es Union und FDP suggerieren möchten, die deshalb ständig betonen, „Rot-Grün ist abgewählt worden“). Eher lässt sich das Wahlergebnis als eine vorsichtige Öffnung nach links interpretieren.

Wahlergebnis und „Auftrag“ der Linkspartei bringen nun notwendig Konflikte und mehrere Handlungsoptionen hervor. Die spontane Haltung zu diesen Handlungsoptionen ist notwendig unterschiedlich. Eine knappe Million ehemaliger SPD-WählerInnen hat diesmal die Linkspartei gewählt. Darunter sind viele (nicht alle, aber viele), die es ungern sehen, wenn als Ergebnis ihres Wahlverhaltens die CDU den/die Kanzler/in stellt und nicht die SPD. Ebenso sind unter den NeuwählerInnen der Linkspartei, vor allem aber unter der StammwählerInnenschaft der PDS viele (nicht alle), für die es unvorstellbar ist, wenn nach der Agitation gegen den rechten Kurs der SPD jetzt irgendeine Form von Kooperation zustande käme, die „Schröder wieder in den Sattel hievt.“ Diese Konflikte werden bleiben und müssen es auch. **Der Auftrag des Flagge-Zeigens gegen den Neoliberalismus und der Auftrag der konkreten Begrenzung nach rechts stehen in einer notwendigen Spannung miteinander, die immer wieder neu gelöst werden muss.**

Die Fraktion hat sich zu Recht dafür entschieden, Gespräche anzubieten und erklärt, dass eine Zusammenarbeit mit SPD und Grünen möglich wäre, wenn diese ihren Kurs „radikal“ ändern. Dabei wirkt die Fraktion erleichtert, dass niemand ernsthaft mit ihr sprechen möchte. Das ist allerdings nicht unbedingt eine Position eigener Stärke, und sie entspricht nicht dem Anspruch auf Gesamtverantwortung. Signalisiert wird unbewusst, dass der eigene Friede (der Fraktion) im Moment wichtiger ist als wohin der ganze Laden (die Republik) jetzt geht.

Stattdessen wäre es besser, jetzt und während der gesamten Legislaturperiode die Diskussion mit der eigenen Basis und der Öffentlichkeit zu suchen, welche Kooperationsangebote unter welchen Bedingungen zur Debatte stehen. Z.B.: Koalition nur, wenn der aktuelle Kurs tatsächlich verhandelbar ist und korrigiert wird; Tolerierung nur, wenn zumindest wesentliche Verbesserungen bei Hartz IV und eine Reduzierung der Auslandseinsätze vorgenommen werden; „Leihstimmen“ in Höhe der Differenz zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün, solange SPD und Grüne ihre eigenen Wahlkampfversprechen (keine neuen Sozialkürzungen, keine Angriffe auf kollektive Arbeitnehmer-Rechte etc.) tatsächlich einhalten. All dies stünde immer unter dem Vorbehalt, dass die eigene Basis dies akzeptabel findet und Zusagen als glaubhaft eingeschätzt werden können - aber es würde **SPD und Grüne in einen nachhaltigen Erklärungsnotstand bringen**. Die Linkspartei kann während der gesamten Legislaturperiode immer wieder öffentlich signalisieren: **SPD und Grüne könnten auch anders**; sie könnten ihre Wahlversprechen halten; sie könnten einen sozial gerechteren Kurs tatsächlich fahren. Eigentlich eine Traumkonstellation für die Linkspartei.⁴

Auch im längeren Zeithorizont kann die Linkspartei nicht einfach die Hände in den Schoß legen und warten. Beide politische Projekte, der rot-grüne „Neoliberalismus mit Augenmaß“ und die linke „Wiedergewinnung gesellschaftlicher Kontrolle der Ökonomie“, sind bislang nicht sonderlich klar. Auch weiß niemand, wie stark sie jeweils im rot-grün-roten Feld sind: Vielen bei SPD und Grünen reicht der moderate Neoliberalismus nicht aus; umgekehrt haben

⁴ Dabei muss sie zwar Stärke zeigen, aber auch die Tatsache berücksichtigen, dass sie nur etwa ein Sechstel der Stimmen des „Feldes“ SPD-Grüne-Linkspartei repräsentiert. Sie muss auch ein Auge darauf haben, dass ihre Bedingungen für die *Linke* bei SPD und Grünen nicht unerfüllbar sein dürfen. Man kann eine Kraft nur auf einem Weg vor sich hertreiben, den sie auch *gehen* kann.

viele die Linkspartei unterstützt nicht für ein anderes Projekt, sondern um wenigstens das gemäßigt neoliberale der SPD zu retten bzw. einzugrenzen. Hier muss die Linkspartei eine Debatte mit einer breiteren Linken ebenso wie mit der Öffentlichkeit beginnen, in der es naturgemäß diskursiver, differenzierter und weniger allwissend zugehen muss als im Wahlkampf.

4. Geschlechterverhältnisse und Politikstile

Geschlechterverhältnisse haben im Wahlkampf 2005 eine bedeutende, allerdings widersprüchliche Rolle gespielt. **Der Wahlkampf war ausgesprochen „männlich“ geführt**, dominiert von Leitideen wie „Kampf“ und „Quittung für“, von buchstäblichem Körpereinsatz bis zur Erschöpfung, auch von verletzter Würde und verratenem Vertrauen, von Konfrontation und Durchsetzung. Das Problem ist, dass andere Qualitäten nicht entwickelt wurden, wie Verantwortung, Fürsorge, Kommunikation, Empathie. Bereits hier wird die **Widersprüchlichkeit** deutlich. Die CDU hatte zwar erstmals eine Frau ins Rennen um die Kanzlerschaft geschickt, verstieß in ihren Wahlbotschaften aber besonders dramatisch gegen tendenziell „weibliche“ Anforderungen an soziale Verantwortlichkeit. Umgekehrt legte die SPD einen extrem männlichen Politikstil in der Auseinandersetzung vor und eine weitaus stärkere Leitwolf-Orientierung. Sie lag aber deutlich vorn in der Fähigkeit, Stimmungen zu verstehen und Gesamtverantwortlichkeit zu signalisieren. Die Stärken von Merkel - eine höhere Teamfähigkeit, ein kooperativerer Politikstil, weniger persönlicher Größenwahn - verpufften, weil sie nicht zur erklärten Programmatik von CDU/CSU und ihr selbst passten. Hier hat auch das „Kompetenzteam“ eine explizit negative Rolle gespielt, in dem Frauen ungenügend repräsentiert waren, dafür aber mit Kirchhof ein Vertreter eines selbst für konservative Wählerinnen inakzeptabel rückwärtsgewandten Familien- und Gesellschaftsbildes.

Eine wichtige Lektion des Wahlkampfs 2005 ist daher: **Role-Modeling**, das Herausstellen von Personen als Verkörperung bestimmter Politikstile, ist extrem wichtig, funktioniert aber nur, wenn die spezifischen Stärken des Role-Models von der jeweiligen Programmatik und dem Politikstil der jeweiligen Partei gedeckt sind. Die Bedeutung dieser Art von Personalisierung sollte nicht heruntergespielt oder gering geschätzt werden. Seitens der WählerInnenschaft liegt auch ein **tiefes Wissen darin, dass gerade Politikstile von ausschlaggebender Bedeutung dafür sind, was real „hinterher“ passiert**, und dass sie wirksame Signale in die Gesamtheit der Gesellschaft und ihrer sozialen Verhältnisse aussenden, die für den alltäglichen Klassen-, Geschlechter- und Kooperations-Kampf leitmotivisch werden können. Ein Politikstil, auf den sich Partei und WählerInnenschaft im Wahlkampf verständigen, kann wirksamer sein als die Festlegung auf einen konkreten Programmpunkt, der ja doch hinterher angesichts inner- und außerparteilicher Kräfteverhältnisse zur Disposition stehen muss. Insbesondere Frauen bewerten zu Recht **Politikstile als wesentliche Kraftfelder gesellschaftlicher Hegemonie und Kommunikation** auch im Sinne eines erweiterten, auch nicht parlamentarisch verengten, Politikbegriffs.

Die Bilanz der Linkspartei ist hier problematisch. Sie hat erheblich mehr Männer als Frauen gewinnen können; insbesondere in der Altersgruppe der 25-60jährigen Frauen hat sie deutlich unterdurchschnittlich zugewonnen. Insgesamt hat bei der Wahl 2005 die SPD bei Frauen stärker verloren, wird aber noch stärker von Frauen gewählt als von Männern, und zwar besonders ausgeprägt im Osten. Die CDU hat dagegen bei Männern stärker verloren und wird jetzt fast gleich stark von Männern und Frauen gewählt. Grüne, FDP und Linkspartei

haben sich in der Zusammensetzung ihrer Stimmen nach Männern und Frauen nicht verändert, wobei Grüne überdurchschnittlich von Frauen, FDP und Linkspartei überdurchschnittlich von Männern gewählt werden. Der Frauenvorsprung ist bei den Grünen in Ost und West relativ ähnlich, der Männervorsprung bei FDP und Linkspartei vor allem im Westen ausgeprägt. Ebenso wichtig wie diese statistischen Befunde scheint mir, dass gerade im Westen die Linkspartei von vielen Frauen nur mit erheblichen Bauchschmerzen gewählt wurde, worauf jedenfalls bei Wahlauswertungen zusammengetragene Gespräche und Mitteilungen deuten, und zwar insbesondere von Frauen mittleren Alters.

Frauen richten ihre Wahlentscheidung zwar nicht primär danach, ob Parteien männliche oder weibliche KandidatInnen anbieten oder ob sie eine spezifische Frauenprogrammatische vertreten. Offenbar ist aber mit einem rein männlichen Führungsquartett im Wahlkampf (beide Spitzenkandidaten, Vorsitz, Wahlkampfleitung), mit trotz Quotierung durchweg von Männern geführten westlichen Landeslisten und mit, die Quotierung unterlaufender, überwiegend männlicher Besetzung der Direktkandidaturen, bei vielen linken Frauen die Schmerzgrenze erreicht bzw. überschritten. Themen, die Frauen besonders interessieren, spielten keine oder nur eine oberflächliche Rolle (Bildungspolitik, Zukunft des öffentlichen Dienstes, Niedersparen der kommunalen Finanzen, Geschlechtergerechtigkeit) oder wurden überwiegend im Hinblick auf männliche Zielgruppen behandelt (Sozialpolitik, Generationengerechtigkeit). Vor allem aber war der Wahlkampf gerade im Westen von einem einseitig männlich dominierten Politikstil bestimmt, der den Wahlkampf der SPD einerseits imitierte, aber gleichzeitig kompromissloser und stärker auf soziale Einzelinteressen ausgerichtet auftrat. Langfristig schlagen sich typische Versäumnisse additiv nieder: die systematisch männlich geprägte Organisationskultur und Politikauffassung der WASG, aber auch vieler PDS-Landesverbände im Westen, sowie die Orientierung der PDS, zwar gezielt jüngere Frauen aufzubauen, aber insgesamt wenig Interesse aufzubringen für frauenpolitische Kompetenz der Gesamtpartei und insbesondere für kritisch-eingreifende Reflexion innerparteilicher Strukturen.

Die Forderungen des Frauenplenums in der Fraktion (Quotierung aller Funktionen, Vetorecht für alle politischen Entscheidungen) sind daher unverzichtbare erste Schritte für einen Politikstil, der mit männlicher Vormacht ebenso bricht wie mit einer patriarchalen Politik, die sich feministischer Forderungen durch personelle Zugeständnisse entledigt oder durch eine bloß „zusätzliche“ Frauenpolitik. Das Scheitern Angela Merkels in den Wahlen 2005 war auch ein Scheitern Alice Schwarzers und einer elitären patriarchalen Gleichberechtigung auf Kosten der Mehrheit von Frauen. Die Frage ist, was statt dessen kommen kann und was die Linkspartei dazu beiträgt.

5. Linkspartei und WASG im Wahlkampf

Das gemeinsame Vorgehen von Linkspartei.PDS und WASG bei den Wahlen war der wesentliche Faktor für den außerordentlichen Wahlerfolg. In der breiten Öffentlichkeit, aber auch im näheren Umfeld **wird die Fusion von PDS und WASG als bereits vollzogen vorweggenommen**; dass diese noch gar nicht vollends beschlossene Sache ist und der schwierigste Teil noch vor beiden Parteien liegt, ist weder bekannt noch interessiert es außerhalb der Parteien selbst irgend jemand, im Moment jedenfalls. Dass eine gesamtdeutsche Partei links von SPD und Grünen entstanden ist (so wurde es gesehen), war **der entscheidende Auslöser für die durchweg hervorragenden Wahlergebnisse** im Westen wie im Osten. Es ist bemerkenswert, dass auch die Ergebnisse im Osten enorm verbessert wurden - und dies ist durchaus auch in Reaktion auf die Fusion zu interpretieren.

Unterhalb dieses Gesamteffekts hat sich deutlich gezeigt, dass das gemeinsame Vorgehen mit der WASG ausschlaggebend für konkrete Wahlergebnisse war. **Spitzenergebnisse im Westen gehen überwiegend auf die Kandidatur und den Wahlkampf von Menschen zurück, die nicht aus der PDS und ihrem Umfeld kommen.** Das gilt natürlich für die überragenden Ergebnisse in Saarland (die auch noch auf Rheinland-Pfalz abstrahlten), aber auch für Spitzenwerte wie z.B. in Kaiserslautern, Pirmasens, Wuppertal, Bremerhaven, Schweinfurt etc., die durchweg darauf zurückgehen, dass die WASG hier bekannte Gewerkschaftsfunktionäre als Kandidaten, eine starke Wahlkampfkraft und ihren Einfluss insbesondere in gewerkschaftsnahen Umfeldern eingebracht hat. Es gilt auch z.B. für Hamburg oder Thüringen, wo parteilose Kandidaten auf offenen Listen eingebunden wurden, die für eine breite linke und/oder gewerkschaftliche Ausstrahlung stehen (Paech, Spieth usw.). [Der kurze Überblick zeigt bereits: Hier geht es fast ausschließlich wieder um Männer; eine Zusammenarbeit mit ähnlich ausstrahlungskräftigen Frauen ist entweder nicht gelungen oder aber gar nicht erst versucht worden.]

Die WASG hat im Westen auch eine bemerkenswerte kämpferische Qualität eingebracht, der dem Wahlkampf der Linkspartei bislang eher fremd war - wenn z.B. selbstverständlich auf SPD-Großveranstaltungen agitiert wurde etc. Ebenso wenig wäre der Wahlkampf im Westen führbar gewesen ohne die gewachsene Erfahrung und Organisationskraft der Linkspartei.PDS und ihr Potential, auch hinsichtlich ihres von der WASG häufig unterschiedlichen Spektrums und Umfelds, das ja in den vergangenen Jahren ebenfalls deutlich gewachsen ist.

Allein geht nichts (mehr): das ist die klare Botschaft der Wahlen 2005 an WASG und Linkspartei.PDS. Dafür sprechen die Zahlen: mit 4,9 % im Westen ist sehr wahrscheinlich, dass es bei einer separaten Kandidatur von WASG und PDS für beide nicht gereicht hätte. Eine Zuordnung der Wahlergebnisse nach WASG und PDS ist dabei bereits jetzt nicht mehr möglich - zum einen, weil die (nach allgemeiner Auffassung bereits vollzogene) Fusion überall als „dritter Partner“ zum Wahlerfolg beitrug; zum anderen, weil in West wie Ost Synergie-Effekte greifen. Territoriale Arbeitsteilungen wären extrem kontraproduktiv - z.B. wirkten beide Spitzenkandidaten in beiden Landeshälften bindend. Einfacher gesagt: eine WASG unter einem Spitzenkandidaten Lafontaine hätten auch im Westen viele nicht gewählt, insbesondere Frauen, Jugendliche (hier gilt z.B. Gysi einfach als cooler) und ein bewegungsnahes, eher links-autonomes Umfeld. Umgekehrt spricht einiges dafür, dass die relative Schwäche der Ost-PDS bei jugendlichen WählerInnen abgebaut werden könnte, wenn die spezifischen Qualitäten und Politikstile der WASG dort mit eingebracht werden könnten.

Die Linkspartei hat einerseits sehr volatile Wählerschichten an sich gebunden, was als Warnung hinter das Wahlergebnis gesetzt werden muss. Andererseits hat sie ihr **Potential**, das aus dem Zusammengehen und der wirklichen gegenseitigen Integration von WASG und PDS entstehen könnte, **noch bei weitem nicht ausgeschöpft**. Auch hat sie bislang noch nicht zeigen können, in welchem Maße sie imstande ist nicht nur einen Wahlausgang, sondern gesellschaftliche Mehrheiten und die Entscheidung zwischen politischen Projekten zu umkämpfen.

6. Politische „Felder“ und Wahlergebnisse auf Länderebene

Wie ausgeführt, stellen SPD, Grüne und Linkspartei mit Sicherheit kein „Lager“ dar, da sie über keinen gemeinsamen Nenner hinsichtlich der Einschätzung der gesellschaftlichen Probleme und der Lösungswege verfügen; für CDU/CSU und FDP gilt dies hingegen

durchaus. Dennoch ist es für bestimmte Betrachtungen legitim und sinnvoll, **von zwei politischen Feldern (Schwarz-Gelb und Rot-Grün-Rot) zu sprechen** und die Verschiebungen zwischen beiden zu analysieren. WählerInnen-Bewegungen finden z.B. vorrangig innerhalb der beiden Felder statt und erst in zweiter Linie zwischen den Feldern; auch wird in der allgemeinen Wahrnehmung ein entsprechender Hauptunterschied zwischen den beiden Feldern gemacht. Im längeren Zeitschnitt bewegen sich ganze Parteienspektren inhaltlich phasenweise nach links (wie in der Zeit ab 1965) oder rechts (wie in der Zeit ab 1980), und zwar europaweit.⁵ Obwohl wesentliche Positionen der SPD 2005 rechts von wesentlichen Positionen der CDU 1970 liegen, verschiebt sich ihre Lage *zueinander* auf der links-rechts-Achse nicht, und dies wäre auch der Fall, wenn das Parteienspektrum inhaltlich wieder nach links rücken würde in Zukunft.

So betrachtet, hat sich das Verhältnis zwischen dem linken und dem rechten Feld von 2002 auf 2005 kaum verändert. Dies verdeckt jedoch die Tatsache, dass es **auf der Ebene der Bundesländer zum Teil erhebliche Verschiebungen** gegeben hat. Das gilt nicht nur für Bayern (6.7 nach links) und Saarland (6.5 nach links), was erkennbar an den Kandidaturen von Stoiber 2002 und Lafontaine 2005 hängt. Es gilt auch für Sachsen-Anhalt (6.4 nach links) und Berlin (4.4 nach links), bis hin zu Schleswig-Holstein (4.9 nach rechts) und Hamburg (3.4 nach rechts). Insgesamt hat es in etwa der Hälfte der Bundesländer Verschiebungen nach links und in der anderen Hälfte Verschiebungen nach rechts gegeben.⁶

Grundsätzlich lässt sich das Wahlverhalten nicht zwischen Bundestags- und Landtagswahlen vergleichen; es wird bei Landtagswahlen anders und nach anderen Kriterien gewählt. Für Bundestagswahlen ergibt sich folgender Befund: Immer noch haben 13 von 16 Bundesländern ein nach links verschobenes Kräfteverhältnis; nur in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern haben Union und FDP mehr Stimmen als SPD, Grüne und Linkspartei. Dies galt (mit der Ausnahme von Rheinland-Pfalz) auch schon 2002 und 1998. Die genannten drei mehrheitlich rechten Bundesländer stellen jedoch 1/3 aller 2005 abgegebenen gültigen Stimmen.⁷

Die z.T. kräftigen Linksverschiebungen 2005 stellen dabei die Korrektur gegenüber 2002 dar (wie auch die Rechtsverschiebung in Hamburg). Das Ergebnis zwischen den Lagern 2005 entspricht im Saarland, Sachsen-Anhalt, Berlin, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Hamburg ziemlich genau dem Ergebnis von 1998. In Bayern ist diese Korrektur allerdings nur unvollständig erfolgt. **In NRW, Hessen, Sachsen, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein finden wir einen kontinuierlichen, 2005 etwas abgeschwächten Rechtstrend seit 1998.** Nur in Berlin und Bremen liegt das Ergebnis des linken Feldes 2005 über dem von 1998, allerdings nur geringfügig.

In ähnlicher Weise haben die Ergebnisse der Linkspartei in den neuen Bundesländern den Einbruch von 2002 wieder kompensiert, allerdings auf z.T. deutlich höherem Niveau als

⁵ Siehe Andrea Volkens: Politische Positionen linker Parteien im Europäischen Parlament, in: Brie/Hildebrandt (Hrsg.), Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch, Berlin 2005.

⁶ Die Zahlen verschieben sich, wenn die extreme Rechte mit einbezogen wird. Bei dieser Betrachtung gab es 2005 gegenüber 2002 in 11 von 16 Bundesländern Rechtsverschiebungen zwischen 0.7 und 5.6 Prozent.

⁷ Es ist immer wieder der Erwähnung wert: Die fünf Bundesländer NRW, Bayern, BaWü, Niedersachsen und Hessen stellen zusammen 2/3 der gültigen Stimmen im Bundesgebiet. Die drei größten Bundesländer (NRW, Bayern, BaWü) stellen zusammen die Hälfte der gültigen Stimmen im Bundesgebiet. Bayern, das zweitgrößte Bundesland, stellt allein 15% der gültigen Stimmen im Bund. Die Linkspartei hat in Bayern mit 3,4 % Stimmanteil doppelt so viele Stimmen (absolut) erhalten wie im Saarland mit 18,5 % Stimmanteil und etwa genauso viel wie in Mecklenburg-Vorpommern mit 23,7 % Stimmanteil.

1998. Die stärkste Steigerung (sowohl gegenüber 2002 als auch gegenüber 1998) hat dabei **Sachsen-Anhalt** geschafft.

Für das **Bundesgebiet** zeigt sich übrigens im Langzeitschnitt, dass das aktuelle Ergebnis (+ 6.1 für das linke Feld) bezüglich des Abstands der beiden Felder ein ziemlich durchschnittliches Ergebnis ist. Politisch-gesellschaftliche Mehrheiten waren schon sehr viel knapper, aber auch sehr viel komfortabler auf Bundesebene in den letzten 36 Jahren (für die Zeit vor der Großen Koalition sind Vergleiche schwierig, weil das Parteienspektrum anders funktionierte). Auffallend ist eine **gewisse Parallelität der Phase seit 1998 mit der Phase von 1972 bis 1983**. Auch damals gab es mit der Wahl 1972 (ähnlich wie 1998) eine explizite Richtungswahl, die nach links gewonnen wurde, wobei die SPD kurzzeitig stärkste Partei wurde. Die darauffolgende Wahl wurde relativ knapp „gehalten“ (1976 bzw. 2002), worauf sich jeweils eine Wahl anschloss, die als ausdrückliche Abwehrschlacht gegen rechts geführt wurde (1980 mit der Strauß-Kandidatur bzw. eben 2005) und bei der wiederum nach links zugelegt werden konnte, wobei sich in diesem historischen Fenster jeweils eine neue Partei auf der Linken etablieren konnte (1980 die Grünen, 2005 - wenn auch mit Vorgeschichte - die Linkspartei). Damit war aber seinerzeit die Integrationskraft der SPD erschöpft, was 1983 zum Machtwechsel durch Koalitionswechsel und zu einer vorgezogenen Wahl führte, die dieses Ergebnis deutlich bestätigte.

Eine Auswertung der Länderergebnisse im Einzelnen ist letztlich nur von dem jeweils konkreten Hintergrund der einzelnen Länder möglich. Zu überlegen ist allerdings, ob die Linkspartei perspektivisch nicht in besonderer Weise die politische Arbeit der KollegInnen in **Bayern** unterstützen bzw. eine langfristige Strategie für dieses Bundesland erarbeiten sollte. Es gibt jedenfalls aus der hier vorgenommenen vergleichenden Auswertung Indizien dafür, dass das **aktuelle Potential an WählerInnen links von der Union, die nicht von der SPD eingebunden werden**, hier in absoluten Zahlen besonders groß ist. Dafür spricht, dass die Korrektur im links-rechts-Verhältnis gegenüber 2002 sehr deutlich ausgefallen ist (das Wahlergebnis 2002 war durch die Kandidatur Stoibers natürlich für die CSU besonders stark gewesen), jedoch in keiner Weise den Wert von 1998 erreicht hat, wie das in allen anderen Bundesländern mit Korrekturbewegungen der Fall war (Saarland, Sachsen-Anhalt, Berlin, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Hamburg). Obwohl die Union in Bayern so stark verloren hat wie nirgends sonst und die CSU praktisch wieder auf das Ergebnis von 1998 gefallen ist, hat die SPD nicht zulegen können, sondern hat das schlechteste Wahlergebnis seit 1953 eingefahren. Die Linkspartei wiederum hat gezeigt, dass sie nicht nur in den Industriezentren und den Wahlkreisen mit starken WASG-Kandidaturen zulegen konnte, sondern in allen Wahlkreisen, und dass sie sehr gute Ergebnisse auch in Wahlkreisen mit sehr hohen CSU-Stimmanteilen erzielen konnte. Möglicherweise ist also die Linkspartei hier in der Lage, zukünftig noch mehr von dem gegenüber 1998 „brachliegenden“ Potential links von der Union gewinnen zu können, wenn sie den typischen Fehler der SPD vermeidet, der in der SZ zur Wahl so treffend beschrieben wurde: „Die Partei [die SPD] leidet seit langem darunter, dass sie der mehrheitlich konservativ geprägten Bevölkerung gerne Kandidaten anbietet, die besonders links sind, und sich dann wundert, dass diese nicht gewählt werden.“⁸

⁸ SZ vom 20.09.2005, S. 12. Die große Volatilität der Situation in Bayern muss auch vor dem Hintergrund des besonderen Gewichts betrachtet werden, den das Bundesland hat: Ein Prozent in Bayern wiegt doppelt so viel wie in Hessen, fünfmal so viel wie in Sachsen-Anhalt, elfmal so viel wie im Saarland.

Anhang: Tabellen

1. NRW	10.245.041	21,7 %
2. Bayern	7.094.811	15,0 %
3. Baden-Württemberg	5.821.181	12,3 %
4. Niedersachsen	4.767.347	10,1 %
5. Hessen	3.355.185	7,1 %
6. Sachsen	2.491.983 [2.658.204*]	5,6 %
7. Rheinland-Pfalz	2.376.378	5,0 %
8. Berlin	1.856.009	3,9 %
9. Schleswig-Holstein	1.713.305	3,6 %
10. Brandenburg	1.567.598	3,3 %
11. Thüringen	1.451.411	3,1 %
12. Sachsen-Anhalt	1.450.459	3,1 %
13. Mecklenburg-Vorpomm.	991.618	2,1 %
14. Hamburg	943.604	2,0 %
15. Saarland	633.512	1,3 %
16. Bremen	361.852	0,8 %
gesamt	47.121.294 [47.287.515*]	
* mit Dresden I (geschätzt)		

1. Sachsen	572.971* [611.202**]	14,8 %**
2. NRW	529.941	12,8 %
3. Brandenburg	416.355	10,1 %
4. Sachsen-Anhalt	385.228	9,3 %
5. Thüringen	378.570	9,2 %
6. Berlin	303.615	7,4 %
7. Bayern	244.572	5,9 %
8. Mecklenburg-Vorpomm.	234.689	5,7 %
9. Baden-Württemberg	218.989	5,3 %
10. Niedersachsen	205.161	5,0 %
11. Hessen	178.785	4,3 %
12. Rheinland-Pfalz	132.081	3,2 %
13. Saarland	117.091	2,8 %
14. Schleswig-Holstein	78.669	1,9 %
15. Hamburg	59.477	1,4 %
16. Bremen	29.940	0,7 %
gesamt	4.086.134* [4.124.365**]	*ohne/ **mit Dresd I (gesch.)

Tab.3: Linkspartei nach Bundesländern - Stimmanteile (Zweitstimmen)						
	2005	2002	1998	2005:2002	2005:1998	Steigerung 2005:2002
1. B'burg	26,6	17,2	20,3	+ 9,4	+ 3,3	+ 55 %
2. Sa-Anh.	26,6	14,4	20,7	+ 12,2	+ 5,9	+ 85 %
3. Thüring.	26,1	17,0	21,2	+ 9,1	+ 4,9	+ 54 %
4. M-Pomm	23,7	16,3	23,6	+ 7,4	+ 0,1	+ 45 %
5. Sachsen	23,0	16,1	20,0	+ 6,9	+ 3,0	+ 43 %
6. Saarl.	18,5	1,4	1,0	+ 17,1		+ 1212 %
7. Berlin	16,4	11,4	1,0	+ 5,0		+ 44 %
8. Bremen	8,3	2,2	2,4	+ 6,1		+ 277 %
9. Hamburg	6,3	2,1	2,3	+ 4,2		+ 200 %
10. Rh-Pf.	5,6	1,0	1,0	+ 4,6		+ 460 %
11. Hessen	5,3	1,3	1,5	+ 4,0		+ 308 %
12. NRW	5,2	1,2	1,2	+ 4,0		+ 333 %
13. S-Hol.	4,6	1,3	1,5	+ 3,3		+ 254 %
14. Nied.s.	4,3	1,0	1,0	+ 3,3		+ 330 %
15. Ba-Wü	3,8	0,9	1,0	+ 2,9		+ 322 %
16. Bayern	3,4	0,7	0,7	+ 2,7		+ 386 %
gesamt	8,7	4,0	5,1	+ 4,7		+ 117 %

Tab.4: Bundesländer nach Wahlbeteiligungs-Veränderung				
	Zunahme 2005	Wert 2005 - 2002	Rang 2005	Rang 2002
1. Sachsen	+ 2.4	75.9 - 73.5	11	14
2. Sa-Anhalt	+ 2.2	71.0 - 66.8	16	16
3. B'burg	+ 1.3	75.0 - 73.7	14	13
4. Meck-Pomm.	+ 0.8	71.4 - 70.6	15	15
5. Thüringen	+ 0.7	75.7 - 74.8	12	12
6. Berlin	- 0.2	77.4 - 77.6	10	11
7. Saarland	- 0.7	79.4 - 80.0	1	7
8. Hessen	- 1.2	78.9 - 80.1	4	6
9. Rh-Pfalz	- 1.3	78.7 - 80.0	5	7
10. S-Holstein	- 1.5	79.2 - 80.7	3	4
11. Niedersachs.	- 1.6	79.4 - 81.0	1	3
12. NRW	- 2.0	78.3 - 80.3	7	5
13. Hamburg	- 2.0	77.6 - 79.6	9	9
14. Ba-Wü	- 2.4	78.7 - 81.1	5	2
15. Bremen	- 3.3	75.5 - 78.8	12	10
16. Bayern	- 3.4	78.1 - 81.5	8	1
Bandbreite	2005	Abstand	2002	Abstand
	79.4 - 71.0	8.4	81.5 - 68.8	12.7
nur Rang 2-15	79.4 - 71.4	8.0	81.1 - 70.6	10.5

Tab.5: Bundesländer nach links-rechst-Kräfteverhältnis (SPD+Grüne+Linkspartei - Union+FDP)							
	2005	2002	Rang 2002	1998	Rang 1998	2005- 2002	2005- 1998
1. B'burg	+ 40.0	+ 40.0	1	+ 43.8	1	+/- 0	- 3.8
2. Bremen	+ 34.7	+ 34.5	2	+ 32.6	3	+ 0.2	+ 2.1
3. Berlin	+ 34.3	+ 30.1	3	+ 33.9	2	+ 4.4	+ 0.4
4. Sa-Anh.	+ 30.3	+ 24.2	7	+ 30.8	4	+ 6.4	- 0.5
5. Thüring.	+ 27.1	+ 25.9	4	+ 27.3	6	+ 1.2	- 0.2
6. Meck-P.	+ 23.5	+ 25.8	5	+ 30.3	5	- 2.3	- 6.8
7. Hamburg	+ 22.0	+ 25.8	5	+ 22.3	8	- 3.4	- 0.3
8. Saarland	+ 20.1	+ 13.6	9	+ 22.4	7	+ 6.5	- 2.3
9. Niedersachs.	+ 12.4	+ 14.5	8	+ 15.8	10	- 2.1	- 3.4
10. Sachsen	+ 11.9	+ 13.2	10	+ 17.2	9	- 1.5	- 5.3
11. NRW	+ 8.4	+ 8.7	12	+ 13.9	11	- 0.3	- 5.5
12. Hessen	+ 5.7	+ 6.4	13	+ 8.7	13	- 0.7	- 3.0
13. Schl-Holst.	+ 4.7	+ 9.6	11	+ 10.1	12	- 4.9	- 5.4
14. Rh-Pfalz	- 1.1	- 2.4	14	+ 3.2	14	+ 1.3	- 4.3
15. Ba-Wü	- 6.5	- 4.8	15	- 0.8	15	- 1.7	- 5.7
16. Bayern	- 22.0	- 28.7	16	- 11.8	16	+ 6.7	- 10.2
gesamt	+ 6.1	+ 5.2		+ 11.4		+ 0.9	- 5.3

Tab.6: Bundesländer nach rechts-links-Verschiebung 2005 zu 2002 sowie Stimmanteile der extremen Rechten					
	nur demokratische Parteien	unter Einbeziehung der extremen Rechten	Stimmanteil Rechtsextreme 2005	Zuwachs 2005-2002	
1. Bayern	+ 6.7	+ 5.3	2.3	+ 1.4	
2. Saarland	+ 6.5	+ 5.4	1.8	+ 1.1	
3. Sa-Anh.	+ 6.4	+ 4.6	2.8	+ 1.8	
4. Berlin	+ 4.4	+ 3.6	2.1	+ 0.8	
5. Rh-Pfalz	+ 1.3	+ 0.3	2.4	+ 1.0	
6. Thüringen	+ 1.2	- 1.5	4.4	+ 2.7	
7. Bremen	+ 0.2	- 0.7	1.4	+ 0.9	
8. B'burg	+/- 0	- 1.7	3.2	+ 1.7	
9. NRW	- 0.3	- 0.8	1.1	+ 0.5	
10. Hessen	- 0.7	- 1.5	2.0	+ 0.8	
11. Sachsen	- 1.5	- 4.5	5.4	+ 3.0	
12. Ba-Wü	- 1.7	- 2.5	2.2	+ 0.8	
13. Nieders.	- 2.1	- 3.1	1.3	+ 1.0	
14. Meck-P.	- 2.3	- 5.0	3.5	+ 2.7	
15. Hamburg	- 3.4	- 4.2	1.0	+ 0.8	
16. S-Holst.	- 4.9	- 5.6	1.0	+ 0.7	
gesamt	+ 0.9	- 0.3	2.2	+ 1.2	NPD, Rep.